

## Geleitwort

Eine umfassende Geschichte der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in den Ländern der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1955 steht noch aus. Rainer Hudemanns grundlegende Arbeit über die Sozialpolitik im deutschen Südwesten von 1945 bis 1953 ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Nach wie vor sind wesentliche Teilbereiche der Nachkriegsentwicklung in der französischen Besatzungszone unbekannt. Im Gegensatz zur Bedeutung der Sozialpolitik in der praktischen Politik nach 1945 hat sich die Forschung über die französische Zone mit diesem Thema bisher nur wenig beschäftigt. Sozialpolitisch relevante Fragen standen in den Anfangsjahren im Mittelpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzungen. Es ging um die Sicherstellung der Ernährung, die Minderung der Wohnungsnot, die Hausbrandversorgung, die Bewältigung des Flüchtlingsproblems, den Lastenausgleich oder die Versorgung der Kriegsoffer. Es fehlte an den dringlichsten Voraussetzungen für einen auch nur notdürftigen Lebensunterhalt.

Allergrößte Sorge bereitete der Bevölkerung, den deutschen Politikern und Behörden die schwierige Ernährungslage. Die von französischer Seite festgelegten Kalorienmengen reichten nicht einmal aus, um die Bevölkerung vor einem weiteren Kräfteverfall zu bewahren. Unter dem Eindruck der Demontagen, Requisitionen und laufenden Lebensmittelenahmen durch die französische Militärregierung verstärkte sich die Neigung, der Besatzungsmacht die Verantwortung für die vorhandenen Notstände zuzuschreiben.

In der Forschung über die französische Besatzungspolitik und genauso auch in der Erinnerung der betroffenen Bürger standen die französischen Aktivitäten, die eigene Zone wirtschaftlich für den innerfranzösischen Wiederaufbau zu nutzen, bis heute im Vordergrund.

Rainer Hudemann hat das Thema der Sozialpolitik auf die Kriegsofferversorgung und den Aufbau der Sozialversicherung in der französischen Besatzungszone eingegrenzt. Die Untersuchung erfolgt unter allgemeinpolitischen Fragestellungen und kommt zu dem Ergebnis, daß die französische Besatzungspolitik nicht in dem bisher vermuteten Ausmaß für die soziale und wirtschaftliche Notsituation der Nachkriegsjahre im deutschen Südwesten verantwortlich war. Der Ambivalenz der politischen Konzepte und Verlautbarungen der Besatzungsmacht entsprach ihr praktisch-politisches Vorgehen. Harten wirtschaftspolitischen Maßnahmen standen aktive Neuordnungsansätze gegenüber, die auf eine Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft gerichtet waren.

Gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik sind die demokratischen Neuordnungsgrundsätze der französischen Besatzungspolitik besonders deutlich. Rainer Hudemann stellt heraus, daß die Reform der Sozialversicherung in der französischen Zone — abgesehen von Bremerhaven — der einzige Versuch zur Errichtung einer Einheitskrankenkasse auf dem Territorium der heutigen Bundesrepublik gewesen ist. 1948 konnten in den Ländern der französischen Besatzungszone die ersten Sozialwahlen der Nachkriegsgeschichte abgehalten werden.

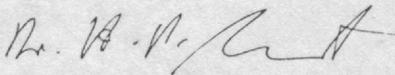
Vorbildlich bleiben vor allem auch die Leistungen der Landesparlamente und Landesregierungen auf dem Gebiet der Kriegsoferversorgung. Das Versorgungsniveau lag im Südwesten insgesamt höher als in den Ländern der Bizone. Ministerpräsident Altmeier hat den sozialen Charakter des Landesgesetzes über die Versorgung der Kriegsofener, das 1948 vom rheinland-pfälzischen Landtag verabschiedet wurde und erst nach heftigen Auseinandersetzungen mit der französischen Militärregierung in Kraft treten konnte, stets hervorgehoben.

Nach Gründung der Bundesrepublik wurde ein Großteil der Gesetze auf dem Gebiet der Sozialpolitik von den Gesetzgebungsorganen des Bundes gestaltet. Rainer Hudemann weist nach, daß wesentliche Elemente der Sozialgesetzgebung in der französischen Zone vom Bund wieder aufgegriffen wurden. Er resümiert: „Das Ende des ‚Sonderwegs‘ im Südwesten bedeutete jedoch nur begrenzt auch sein Scheitern.“

Die Ergebnisse dieser detailreichen Studie reichen in vielen über den begrenzten Bereich der Sozialpolitik hinaus. Sie öffnen den Blick für die historische Bedeutung der demokratischen Reformen in der französischen Besatzungszone und damit auch für ein differenzierteres Bild der französischen und deutschen Politik im deutschen Südwesten von 1945 bis 1953. Das Ausmaß der deutschen politischen Möglichkeiten unter den Bedingungen der französischen Besatzungsherrschaft wird gründlich überprüft und die einfache These, daß den deutschen Regierungen die Erfolge der Nachkriegspolitik, der französischen Besatzungsmacht aber grundsätzlich die Schwierigkeiten zuzuschreiben seien, als unhaltbar zurückgewiesen. Methodisch entscheidend ist die Ausdehnung der Untersuchung auf die gesamte französische Besatzungszone. Nur in der vergleichenden landesgeschichtlichen Forschung sind Wesensmerkmale der politischen und besatzungspolitischen Konzeptionen und Maßnahmen auf deutscher und französischer Seite erkennbar.

Dabei konnten neben deutschen Quellen vor allem auch französische Materialien in breitem Umfang herangezogen werden. Noch bis vor kurzem wurden die Akten der französischen Militärregierung und der Pariser Zentralbehörden noch zu großen Teilen unter Verschuß gehalten. Mit der Öffnung der französischen Archive sind heute die Voraussetzungen geschaffen, um die politische Entwicklung in den Ländern der französischen Besatzungszone umfassend zu erforschen. Mag sein, daß am Ende manches neu aufgearbeitet oder neu interpretiert werden muß. Rainer Hudemanns Habilitationsschrift über die Sozialpolitik im deutschen Südwesten von 1945 bis 1953 hat grundsätzliche Fragestellungen erarbeitet und für den Bereich der Sozialpolitik richtungweisende Antworten gegeben.

Es ist ein umfangreiches Werk entstanden, das zum Nachdenken und Weiterforschen anspornt. Ich wünsche dieser bedeutenden Veröffentlichung das Interesse, die Anerkennung und die Verbreitung, die sie verdient hat.



Dr. Heinz Peter Volkert

Präsident des Landtages von Rheinland-Pfalz